



Schriftliche Anfrage

betreffend Stand der Dinge bei den Agglomerationsprogrammen

eingereicht von: Felix Helg, namens der FDP-Fraktion

am: 23. Juni 2014

Geschäftsnummer: 2014/060

Text und Begründung

Die Agglomerationsprogramme sind Planungsinstrumente und dienen als Grundlagen für Beiträge des Bundes an Verkehrsinfrastrukturen. Die erste Phase umfasste die Ende 2007 eingereichten Agglomerationsprogramme der 1. Generation. Die zweite Phase betrifft die aktualisierten Agglomerationsprogramme der 2. Generation für die Jahre 2015 und 2018.

Auch Winterthur ist mit wichtigen Massnahmen an den Agglomerationsprogrammen beteiligt, so zum Beispiel mit der Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze oder mit der Veloquerung Nord beim Hauptbahnhof (als Bestandteile des Agglomerationsprogramms der 2. Generation). Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt können offenbar nicht alle Massnahmen mit dem ursprünglich beabsichtigten Tempo projektiert werden. Deshalb droht die Gefahr, dass einzelne Projekte nicht rechtzeitig eingegeben werden können. Selbst wenn eine Verlängerung der Einreichungsfrist gewährt würde, ist nicht auszuschliessen, dass früher eingereichte Projekte anderer Regionen berücksichtigt werden und schliesslich die an sich zur Verfügung gestellten Gelder bereits anderweitig ausgeschöpft sind. Ausserdem ist ungewiss, in welchem Umfang Mittel des Bundes später für die Agglomerationsprogramme der 3. und 4. Generation gesichert sind.

Zur Klärung des Stands der Dinge stellen sich deshalb folgende Fragen:

- 1.a) Welche Massnahmen in Winterthur waren Bestandteil des Agglomerationsprogramms der 1. Generation?
- 1.b) Für welche dieser Massnahmen sind Beiträge des Bundes verbindlich zugesprochen oder bereits ausbezahlt worden? Welche Beträge (im Verhältnis zu den Gesamtkosten und den verbleibenden Kosten für Winterthur)?
- 2.a) Welche Massnahmen in Winterthur sind Bestandteil des Agglomerationsprogramms der 2. Generation?
- 2.b) Mit welchen Beträgen ist zu rechnen (im Verhältnis zu den mutmasslichen Gesamtkosten und den verbleibenden Kosten für Winterthur)?
- 2.c) Wie schätzt der Stadtrat das Risiko ein, dass Winterthur infolge verlangsamter Projektierung oder aus anderen Gründen die Beiträge des Bundes nicht erhält?